Mitteilungen
der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien

Potsdam, Juni 2019, Ausgabe 6

AfD-Demonstration am 27. Mai 2018. Foto: C. Schulze.

ZUR BÜNDNIS- UND DEMONSTRATIONSPOLITIK DER AFD IN BRANDENBURG

„Der natürliche Partner der AfD ist die patriotische Bürgerbewegung", postulierte Andreas Kalbitz im Januar 2019 bei einem Vortragsabend in Cottbus. Der AfD-Landesvorsitzende referierte über das „Brandenburger Kooperationsmodell von AfD und Bürgerbewegung" und erklärte dabei Straßenproteste zu einer tragenden Säule der Politik seiner Partei.[1] Ort der Versammlung war die „Mühle", ein Ladenlokal, das im Juni 2018 in der Cottbuser Innenstadt aus dem Milieu der flüchtlingsfeindlichen Initiative „Zukunft Heimat" eröffnet worden war. Nicht zufällig eröffnete an gleicher Adresse am gleichen Tag ebenfalls ein Parteibüro der AfD. Auch räumlich sind in Cottbus Partei und „Bürgerbewegung" seit geraumer Zeit aufs Engste verbunden. Die von Kalbitz im Januar 2019 gewählte griffige Betitelung des „Brandenburger Kooperationsmodells" markierte keine Wendung in der Haltung der AfD zur Straßenpolitik, sondern sie explizierte, was sich als Praxis der Landespartei etabliert hat.

Dieser Beitrag untersucht die Demonstrationspolitik der AfD in Brandenburg. Sie wird in den Kontext der Konjunkturen des rechten Demonstrationsgeschehens im Land gestellt und die Einbettung der AfD in die jüngeren Mobilisierungen und die Effekte derselben diskutiert. Es wird sich zeigen, dass die AfD massiv auf die Kooperation mit entsprechenden Kampagnen setzt, exemplarisch dargestellt anhand des Vereins „Zukunft Heimat". Die Proteste werden von der Partei als Ansprechkanal in Richtung des eigenen Kernmilieus erkannt, beworben und in die eigene Politik

[1] Mühle Cottbus (2019): Der Andrang ist groß. https://twitter.com/muehle_cottbus/status/1088512647383924736, 24.01.2019, geprüft am 05.03.2019; AfD Brandenburg (2019): Das Brandenburger Kooperationsmodell von AfD und Bürgerbewegung. https://www.facebook.com/afd.brandenburg/posts/vortrag-das-brandenburger-kooperationsmodell-von-afd-und-b%C3%BCrgerbewegungcottbus-i/1089661404554794/, 22.01.2019, geprüft am 05.03.2019.

integriert. Neben der Ausrichtung von eigenen Demonstrationen unterstützt die Partei vorrangig andere Mobilisierungen. In der Folge hat sich eine funktionale Arbeitsteilung etabliert: Die „Bürgerbewegungen“ verhelfen der AfD zu einer Präsenz auf der Straße, umgekehrt tritt die Partei als parlamentarisches Sprachrohr des Protestmilieus auf.

DIMENSIONEN DER DEMONSTRATIONS-POLITIK VON RECHTS

Bis zum Jahr 2014 beschränkte sich das rechtsextreme und flüchtlingsfeindliche Demonstrationsgeschehen in Brandenburg im Wesentlichen auf die Aktivitäten von neonazistischen Gruppen wie der NPD oder parteiungebundenen „Kameradschaften“. Für diese politische Strömung war die Straßenpolitik von hoher Bedeutung, weil so mediale Aufmerksamkeit erregt und ein identitäres Erlebnisangebot nach Innen gemacht werden konnte.[2] Diese zumeist klar nach Außen als solche erkennbaren neonazistisch geprägten Veranstaltungen waren jedoch kein geeignetes Mittel, um über die engen Grenzen des eigenen Milieus hinaus eine größere Zahl von Menschen zur Teilnahme zu bewegen.[3] So sind zwischen 2000 und 2014 im Jahr jeweils lediglich zwischen vier und elf Demonstrationen dokumentiert, die eine Mindestgröße von 50 Teilnehmenden verzeichneten.[4]

Seit dem Jahr 2015 hat sich das Demonstrationsgeschehen von rechts im Bundesland vervielfacht. 2015 etwa verzehnfachte sich das Demonstrationsaufkommen gegenüber dem Vorjahr – es fanden 105 Proteste mit mindestens 50 Teilnehmenden statt, 2016 waren es 102. Seitdem sind die Zahlen rückläufig, aber weit über dem Niveau der Vorjahre: 2017 gab es 39 und im Jahr 2018 immer noch 26 Proteste. Zählt man alle Proteste, also auch die kleineren Formate, in den vier Jahren zwischen 2015 und 2018 zusammen, so ergibt sich eine Summe von 657 Protesten, an denen sich insgesamt rund 65.000 Menschen beteiligten.[5] Im Durchschnitt findet seit 2015 in Brandenburg ungefähr alle zwei Tage ein Protest statt, dem sich inhaltlich eine rechtsextreme oder flüchtlingsfeindliche Agenda zuschreiben lässt. Im Median beteiligen sich 34 Menschen. In einem Flächenland wie Brandenburg mit etwa zweieinhalb Millionen Einwohner*innen repräsentiert eine solche Protestdimension bei weitem keine Bevölkerungsmehrheit, durchaus aber ist von einer auch in der Fläche wahrnehmbaren, sich politisch effektvoll präsentierenden Minderheit zu sprechen.

Die politische Gelegenheit für das rasant ansteigende Protestgeschehen von rechts bot die öffentlich als „Flüchtlingskrise“ apostrophierte verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik seit 2015. Erste Indikatoren für diese neue Bewegung von rechts gab es indes bereits zuvor. Bundesweit standen die rechtsextremen Proteste gegen die Aufnahme von Flüchtlingen im sächsischen Schneeberg im Herbst 2013 am Anfang der sich entwickelnden Demonstrationspolitik, die sich über die Dresdener „Pegida“-Proteste ab dem Herbst 2014 vergrößerten und ab 2015 deutschlandweit ausbreiteten. In der Region Berlin-Brandenburg erreichten ebenfalls ab 2013 die „Nein zum Heim“-Demonstrationen im Hauptstadtbezirk Marzahn-Hellersdorf eine beachtliche Größe.[6] 2014 hatten zwei Demonstrationen tausender gewaltbereiter Fußballfans in Köln und Hannover unter dem Motto „Hooligans gegen Salafisten“ eine bundesweite Ausstrahlung.[7] Auch in Brandenburg entstanden etliche lokale und regionale Zusammenhänge, die gegen die Aufnahme von Flüchtlingen Protest organisierten. Die Teilnehmerschaft rekrutierte sich nur zu einem geringeren Teil aus bloßen Skeptiker*innen der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die Mehrzahl setzte sich zusammen aus rassistisch gesinnten Bürger*innen, aus Akteur*innen der klassischen extremen Rechten, aus der Anhängerschaft von Subkulturen wie jener der Fußballhooligans

2 Vgl.: Schulze, Christoph (2013): Extrem rechte Demonstrationspolitik. In: Heilgard Asmus (Hg.): Rechte Aufmärsche und demokratische Proteste in Brandenburg. Potsdam: Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, S. 15–27.

3 Vgl.: Virchow, Fabian (2011): Die „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten im Bundesgebiet und im Land Brandenburg. In: Christoph Kopke (Hg.): Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011. S. 109–128; Virchow, Fabian (2006): Dimensionen der ‚Demonstrationspolitik‘ der extremen Rechten in Deutschland. In: Andreas Klärner und Michael Kohlstruck (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition, S. 68–101.

4 Diese und die folgenden Zahlen basieren auf einer Auswertung des Monitorings des rechtsextremen und flüchtlingsfeindlichen Demonstrationsgeschehens in Brandenburg, welches am Moses Mendelssohn Zentrum betrieben wird. Vgl. dazu die Ausgaben der „Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle“: Moses Mendelssohn Zentrum (2019): Veröffentlichungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle. https://www.mmz-potsdam.de/veroeffentlichungen-der-EJGF.html, geprüft am 11.03.2019.

5 Die Zahl bezeichnet die addierten geschätzten Teilnahmezahlen. Mehrfachteilnahmen von Individuen an unterschiedlichen Protesten und die Teilnahmen von nicht in Brandenburg lebenden Personen gingen in die Zählung ein. Die tatsächliche Menge der bisher mobilisierten Menschen ist also geringer.

6 Vgl.: Jentsch, Ulli; Sanders, Eike (2014): Vom Versuch, eine Bewegung zu sein. In: Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus Ausgabe zum Jahr 2013, S. 74–79; Seydel, Luisa (2015): Hellersdorf 2014. Zwischen Normalisierung und Radikalisierung. In: Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus Ausgabe 2014, S. 53–58.

7 Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Bernd Lucke sprach sich dezidiert gegen die Demonstrationen von „HoGeSa“ aus. AfD-Vertreter*innen wie Tatjana Festerling oder Dubravko Mandic, die sich ausdrücklich positiv auf diese Demonstrationen bezogen, waren zu dieser Zeit in der Partei eher Marginal.

und aus der Basis der sich konstituierenden AfD. Als nicht zu unterschätzender Träger der Proteste ist die klassische rechtsextreme Szene herauszuheben. In Anlehnung an tradierte Strategien unterschlugen die Rechtsextremen ihre politische Positionierung und stellten sich selbst als „besorgte Bürger“ dar, die in einer „Bürgerinitiative“ ein demokratisches Anliegen verfolgen würden. So wie sich in den 1980er Jahren die NPD für ihre rassistischen Kampagnen in Westdeutschland als „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) oder „Hamburger Liste Ausländerstopp“ (HLA) tarnte,[8] wählten die neuen Tarninitiativen Namen wie „Nein zum Heim in Guben“ oder „Frankfurt/Oder wehrt sich“. Nimmt man die Dokumentationen des Vereins „Opferperspektive“ zum Vergleichsmaßstab, dann ging mit dem ansteigenden Demonstrationsgeschehen ein deutlicher Anstieg der rechten und rassistischen Gewalt im Bundesland einher.[9]

ANNÄHERUNG DER AFD AN DAS PROTESTMILIEU

Die Öffnung der brandenburgischen AfD zu diesem Protestmilieu erfolgte nicht erst mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Andreas Kalbitz, sondern bereits unter der Ägide seines Vorgängers, des derzeitigen Bundespartei-Ko-Vorsitzenden Alexander Gauland. Im Dezember 2014 nahm er mit seiner Brandenburger Landtagsfraktion demonstrativ an einem Dresdener Pegida-Aufzug teil, mit rechten Dynamo-Hooligans als Personenschutz.[10] Einer seiner Begleiter, der damalige AfD-Landtagsabgeordnete Steffen Königer, äußerte, er verspüre „Gänsehaut“, weil ihn die Atmosphäre an die Demonstrationen 1989 in der DDR erinnern würde.[11] Gauland betonte öffentlich, dass es ihm bei seiner Teilnahme lediglich darum gegangen sei, sich als „Beobachter“ vor Ort ein Bild von der Atmosphäre zu machen. Die AfD habe nicht vor, der „parlamentarische Arm“ der „Volksbewegung“ zu werden.[12]

Parallel zum „Pegida“-Besuch von Gauland 2014 stand allerdings Birgit Bessin, parlamentarische Geschäftsführerin der Landtagsfraktion, mit Pegida-Vertreter*innen in Kontakt. Die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ zitierten aus einer E-Mail von Bessin an AfD-Mitglieder: „In einem persönlichen Telefonat mit dem Initiator, Herrn Bachmann, haben wir beide uns ausgetauscht. Das Interesse, Pegida in Brandenburg zu entwickeln, ist vorhanden.“[13] Diese Annäherungen waren zum damaligen Zeitpunkt, Anfang 2015, zwar noch nicht in Übereinstimmung mit dem Kurs der Bundes-AfD, man darf aber annehmen, dass sie der Stimmung und der sich entwickelnden Praxis besonders der ostdeutschen Landesverbände entsprachen.

Ein wichtiges Datum in der Entwicklung der Bundes-AfD war der März 2015, als aus den Reihen der vor allem aus den ostdeutschen Landesverbänden stammenden rechtsextremen Parteigänger*innen die „Erfurter Resolution“ verabschiedet und somit die Gruppierung „Der Flügel“ gegründet wurde. In diesem Dokument wird kritisiert, dass sich die Partei schädlicher Weise bisher von „Protestbewegungen ferngehalten und in vorauseilendem Gehorsam

8 Vgl.: Bauerschmidt, Michael; Brandt, Susanne; Jentsch, Ulli; Ohrowski, Kurt (1996): Rassistische Organisationen im Umfeld der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). In: Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin: Elefanten Press, S. 285–286.

9 Opferperspektive (2019): Rechte Gewalt ist Normalität in Brandenburg. https://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2019/03/Hintergrundpapier_Jahresstatistik_2018.pdf, 06.03.2019, geprüft am 11.03.2019.

10 Sundermeyer, Olaf (2018): Gauland. Die Rache des alten Mannes. München: C.H. Beck, S. 63.

11 Jansen, Frank (2014): Tausende demonstrieren - und Gauland schaut zu. https://www.tagesspiegel.de/politik/pegida-in-dresden-tausende-demonstrieren-und-gauland-schaut-zu/11125148.html, 16.12.2014, geprüft am 15.03.2019.

12 Botsch, Gideon; Kopke, Christoph; Lorenz, Alexander (2015): Wie agiert die »Alternative für Deutschland« vor Ort? Das Fallbeispiel Brandenburg. In: Andreas Zick, Ralf Melzer, Dietmar Molthagen und Beate Küpper (Hg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn: Dietz, S. 146–166, hier: S. 160.

13 Fröhlich, Alexander (2015): Gauland, die AfD und Pegida. https://www.pnn.de/brandenburg/rechtspopulisten-in-brandenburg-gauland-die-afd-und-pegida/21537300.html, 29.01.2015, geprüft am 11.03.2019.

sogar distanziert“ habe, „obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen“. Zu den frühen Unterzeichner*innen gehörten führende Funktionär*innen der brandenburgischen AfD, darunter Alexander Gauland, Andreas Kalbitz, Birgit Bessin und Franz Wiese.[14] Beim Essener Parteitag im Juli 2015 wurde Bernd Lucke als Bundeschef abgewählt und durch Frauke Petry und Jörg Meuthen ersetzt. Dieser Machtwechsel stärkte den „Flügel“ und kam einer Hinwendung zum „Rechtspopulismus völkisch-nationalistischer Prägung“ gleich, infolgedessen sich die AfD als „parteipolitischer Anker für nationalistische und fremdenfeindliche Protestbewegungen“ in Szene setzte. Ab November 2015 organisierte der thüringische AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke, bekanntestes Gesicht des „Flügels“, eine Demonstrationsserie in Erfurt, ein „Zusammenkommen unterschiedlicher rechter Protestmilieus, die von politisch unorganisierten ‚Wut-Bürgern‘ bis hinein in die gewaltorientierte Hooligan- und Neonaziszene reichen“. Bei einer Veranstaltung des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ unterstrich Höcke, dass die AfD als Teil einer „Widerstandsbewegung“ zu sehen sei.[15]

Wenige Wochen zuvor: Als im Oktober 2015 eine Flüchtlingsunterkunft im Cottbuser Stadtteil Sachsendorf eröffnet wurde, kam es zu massiven und gewaltsamen Protesten. Ein Willkommensfest, das in der Unterkunft stattfinden sollte, wurde fast von rassistischen Anwohner*innen und Neonazis gestürmt. Rund 400 Personen hatten sich unangemeldet versammelt und überrannten beim Versuch, die Unterkunft zu erreichen, mehrfach Polizeiketten. Sie skandierten „Wir sind das Volk“ und „Weg mit den Asylanten“, einige bespuckten Polizisten und überschütteten sie mit Bier. Erst an der Unterkunft selbst wurde der Aufzug gestoppt.[16] In den Folgetagen und -wochen kam es zu zahlreichen rassistischen Zwischenfällen und Gewalttaten. Rassistische Sachsendorfer*innen, die NPD und Reichsbürger rangen in dieser Zeit darum, die flüchtlingsfeindlichen Stimmen in der Cottbuser Bevölkerung zu sammeln und die Deutungshoheit über den Protest zu erringen. In diese Situation in Cottbus intervenierte schließlich die AfD. Man darf unterstellen, dass ihr bewusst war, mit welchen Kräften sie den Schulterschluss suchte. Im November 2015, wenige Wochen nach den Ausschreitungen, organisierte die brandenburgische AfD eine erste Großdemonstration an der Oberkirche in Cottbus, um gegen die Asylpolitik zu protestieren. Gauland warf in seiner Rede vor rund 600 Teilnehmenden Bundeskanzlerin Merkel vor, die „deutsche Kultur in einer Flut von Fremden“ auflösen zu wollen. Aus der Demonstration heraus wurde ein Kamerateam des ZDF angegriffen. Unter den Protestierenden befand sich derweil auch eine Abordnung der Gruppierung „Zukunft Heimat“.[17]

GENESE VON „ZUKUNFT HEIMAT“

Drei Monate vor der Cottbuser AfD-Demonstration, im August 2015, hatte sich „Zukunft Heimat“ als eingetragener Verein konstituiert. Allerdings gab es eine Vorgeschichte: In Golßen im Spreewald protestierte bereits ab Mai 2015 eine „Bürgerinitiative“ namens „Pro Zützen“ gegen die im Ortsteil Zützen vom Landkreis vorgesehene Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und forderte „mehr Bürgerbeteiligung“ und „dezentrale Unterbringung“. Im Juni 2015 folgten rund 150 Menschen einem Aufruf von „Pro Zützen“ zu einer Protestdemonstration. Es beteiligten sich auch NPD-Anhänger*innen, und AfD-Politiker*innen waren vor Ort.[18] Als Redner trat der Golßener Christoph Berndt auf, hauptberuflich Labormediziner am Klinikum Charité in Berlin.

Aus der „Bürgerinitiative“ ging der Zusammenschluss „Zukunft Heimat“ hervor, der sich nach Außen zwar ebenfalls als „Heimatverein“ präsentierte, seinen Aktivitätsradius aber schnell über Golßen hinaus erweiterte. Als Vorsitzende traten von Anfang an Christoph Berndt und die Golßener Friseurin Anne Haberstroh in Erscheinung.

Die Argumentationen von „Zukunft Heimat“ waren wesentlich schärfer als bei „Pro Zützen“: „Gegen die Auflösung unseres Volkes“ müsse man eigenhändig „Widerstand leisten“, war in einer Facebook-Stellungnahme zu lesen.[19] Es ging nicht (mehr) um einen Protest von Anwohner*innen, die Mitsprache darüber fordern, wo, wie und wie viele Flüchtlinge untergebracht werden. Die Unzufriedenheit mit der Asylpolitik der Bundesregierung wurde verkoppelt mit dem Ansinnen, einen fundamentalen „Widerstand“ gegen das demokratische System zu entwickeln. Bis zu 800 Personen kamen zu den neuen Demonstrationen, die „Zukunft Heimat“ 2015 und 2016 ausrichtete. Für kleinere Städte wie

[14] derfluegel.de (2015): Die „Erfurter Resolution“ – Wortlaut und Erstunterzeichner. https://www.derfluegel.de/2015/03/14/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/, 14.03.2019, geprüft am 15.03.2019.

[15] Alle Zitate aus: Häusler, Alexander (2016): Die AfD – eine rechtspopulistische „Bewegungspartei“? In: Alexander Häusler und Fabian Virchow (Hg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste – Abstieg der Mitte - Ressentiments. Hamburg: VSA Verlag, S. 42–51, Zitate S. 46, 47, 48.

[16] Lausitzer Rundschau (2015): Asylgegner stören Willkommensparty in Cottbus. https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/asylgegner-stoeren-willkommensparty-in-cottbus_aid-3050237, 09.10.2015, geprüft am 11.03.2019.

[17] Lausitzer Rundschau (2015): Journalisten bei AfD-Demo attackiert. https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/journalisten-bei-afd-demo-attackiert_aid-4258269, 25.11.2015, geprüft am 11.03.2019.

[18] Vgl.: Schauff, Daniel (2015): Der offensichtlich fehlende Wille. https://www.lr-online.de/lausitz/luckau/der-offensichtlich-fehlende-wille_aid-2580209, 02.07.2015, geprüft am 11.03.2019.

[19] Zukunft Heimat (2016): Solange die Regierung die Grenzen an unsere Haustüren verlagert gehen wir auf die Straße. https://www.facebook.com/462460530600358/posts/497145533798524, geprüft am 16.02.2016, nicht mehr online.

Ausschnitt eines Werbezettels für eine rechtsextreme Demonstration im Februar 2019 in Templin, die von einem AfD-Funktionär mitorganisiert wurde.

Lübbenau und Vetschau sind das beachtliche Zahlen. Die Auswahl der Redner*innen aus der AfD und aus der weiteren rechtsextremen Bewegungslandschaft – etwa aus dem Kampagnennetzwerk „Ein Prozent“ oder der neofaschistischen „Identitären Bewegung“ – verdeutlicht, dass bereits zu diesem Zeitpunkt ein breites Bündnis entsprechender politischer Kräfte intendiert war und realisiert wurde. Zudem wurden und werden „Zukunft Heimat“ Verbindungen zu ehemaligen Protagonisten der verbotenen Neonazigruppe „Spreelichter“ nachgesagt, die für ihre Kampagne „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“ bekannt war. Das Mediengestaltungsknowhow der „Spreelichter“ wurde möglicherweise für die ebenfalls professionelle Außendarstellung von „Zukunft Heimat“ im Internet und in Werbefilmen genutzt.[20] Bemerkenswerterweise war offenbar schon die Demonstration des „Zukunft Heimat“-Vorläufers „Pro Zützen“ von einem ehemaligen Akteur der „Spreelichter“ per Video dokumentiert worden.[21]

Zum wichtigsten öffentlichen Kooperationspartner von „Zukunft Heimat“ avancierte indes schnell die AfD. Führende Funktionär*innen der Landespartei beteiligten sich demonstrativ an den Aufzügen und hielten Redebeiträge. Von Anfang an war der jetzige Landesvorsitzende Andreas Kalbitz dem Verein verbunden. In Lübbenau wurden die Demonstrationen zu einer regelrechten AfD-Wahlkampfunterstützung genutzt. Der dortige „Zukunft Heimat“-Aktivist Marian von Stürmer ist gleichzeitig Beisitzer im Landesvorstand der AfD und trat im März 2016 bei den Bürgermeister*innenwahlen für die AfD an. Der Dachdecker erreichte 34 Prozent der Stimmen – ein Achtungserfolg.

Derweil beteiligte sich die AfD auch an anderen Demonstrationsformaten im Land. In Potsdam fand unter dem Slogan „Pogida“ eine Serie von rechtsextremen Demonstrationen statt, gegen die sich aus der Stadtgesellschaft heraus starke Proteste formierten. Der Initiator und Anführer war ein vielfach vorbestrafter Gewalttäter und Rechtextremer. Herbert Heider, ein AfD-Funktionär aus Potsdam, trat dabei nicht nur als Demonstrationsredner in Erscheinung, sondern fungierte auch als Pressesprecher von „Pogida“.[22]

Im Juni 2016 richtete die brandenburgische AfD in Elsterwerda eine Demonstration aus, an der auch „Zukunft Heimat“-Aktivist*innen und Neonazis teilnahmen. Vor rund 400 Teilnehmenden sprachen unter anderem Björn Höcke, Andreas Kalbitz und Alexander Gauland. Kalbitz nutzte dabei die Neonaziparole „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen.“ Gauland hingegen nannte Angela Merkel eine „Kanzlerdiktatorin“, die das „deutsche Volk allmählich ersetzen“ wolle und griff ebenfalls eine Neonaziparole auf: „Heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land“.[23] In einer wenige Tage später ausgerichteten Ausgabe der Talkshow „Anne Will“ wurde Gauland auf seinen Auftritt angesprochen. Er bestritt vehement, die fraglichen Aussagen getroffen zu haben: „Ich habe das nicht gesagt. (…) Es tut mir leid. Journalismus soll genau sein!“[24] Durch einen Einspieler mit einem Videomitschnitt seiner Rede wurde deutlich, dass Gauland die Unwahrheit gesagt hatte.

COTTBUSER DEMONSTRATIONSSERIE

Im Bundestagswahljahr 2017 exportierte „Zukunft Heimat“ sein Protestformat ins südbrandenburgische Cottbus, 65 Kilometer und 50 Autominuten vom Golßener Vereinssitz entfernt. Im Mai 2017 proklamierte der Verein, dass sich die Stadt zu einem „Brennpunkt“ entwickelt habe, weshalb er

20 Garzke, René (2018): Bürgerverein mit Kontakt zu Rechtsextremen. https://www.pnn.de/brandenburg/verfassungsschutz-aeussert-sich-zu-zukunft-heimat-buergerverein-mit-kontakt-zu-rechtsextremen/22916578.html, 13.08.2018, geprüft am 11.03.2019.

21 Die entsprechenden Belege auf dem linken Internetportal „Inforiot“ erscheinen zumindest als plausibel. Vgl.: Antifas aus Südbrandenburg (2016): Hinter den Kulissen von „Zukunft Heimat“. https://inforiot.de/hinter-den-kulissen-von-zukunft-heimat/, 04.04.2016, geprüft am 11.03.2019.

22 Vgl. zum Pogida-Organisator: Fröhlich, Alexander; Fratzke, Christine (2016): Pogida-Chef Christian Müller tritt zurück. https://www.tagesspiegel.de/berlin/islamfeindliche-demonstration-in-potsdam-pogida-chef-christian-mueller-tritt-zurueck/13418504.html, 07.04.2016, geprüft am 11.03.2019; Kramer, Henri (2018): Pogida-Müller erneut vor Gericht. https://www.pnn.de/potsdam/nach-gewaltattacke-gegen-lebensgefaehrtin-und-nachbarn-pogida-mueller-erneut-vor-gericht/21270748.htmls, 03.05.2018, geprüft am 11.03.2019.

23 JFDA (2016): Gauland und Höcke in Elsterwerda gegen „Kanzler-Diktatur”. https://jfda.de/blog/2016/06/03/afd-elsterwerda-brandenburg/, 03.06.2016, geprüft am 11.03.2019.

24 Vgl. den Zusammenschnitt der Sendung: RnRConnection (2016): Alexander Gauland (AfD) lügt auf offener Bühne bei Anne Will. https://www.youtube.com/watch?v=8seOTDFxusc, 19.07.2016, geprüft am 11.03.2019.

eine Demonstrationsserie ausrichten wolle.[25] Damit wurde an das bisherige Demonstrationsgeschehen in der Stadt angeschlossen – unter anderem an die oben beschriebenen Eskalationen an der Sachsendorfer Flüchtlingsunterkunft, an die in diesem Zusammenhang veranstaltete AfD-Demonstration, aber auch an einen unangemeldeten, nächtlichen Aufmarsch von größtenteils vermummten Neonazis im Januar 2017.[26]

An der Cottbuser Auftaktdemonstration von „Zukunft Heimat" am 30. Mai auf dem Altmarkt nahmen rund 350 Menschen teil, ein hoher Anteil entstammte der regen Cottbuser Neonaziszene und den angegliederten subkulturellen Milieus. Zeitweise jeden zweiten Dienstagabend folgten weitere Demonstrationen, die jeweils mehrere hundert Personen anzogen. Immer dabei waren Abordnungen der AfD, fast ausnahmslos traten bei den Kundgebungen Parteifunktionär*innen als Redner*innen in Erscheinung. Neben Andreas Kalbitz sind unter anderem seine Fraktionskolleg*innen Birgit Bessin und (der inzwischen aus der AfD ausgetretene) Sven Schröder, der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré und der AfD- und „Junge Alternative"-Aktivist Jean-Pascal Hohm zu nennen. Regionale AfD-Verbände waren mit Parteitransparenten vor Ort, die Parteijugendorganisation „Junge Alternative" war regelmäßig mit Abordnungen vertreten, es wurde mehrfach zur Wahl der AfD aufgerufen. Als der mögliche rechtsextreme Charakter von „Zukunft Heimat" öffentlich kritisch diskutiert wurde, bestritt Birgit Bessin gegenüber der Presse im Januar 2018 dennoch diesen offenkundigen Schulterschluss. Bessin wörtlich: „Es gibt keine Kooperation zwischen Zukunft Heimat und der AfD."[27]

Hohm, zu diesem Zeitpunkt Praktikant der neurechten Kampagnenagentur „Ein Prozent", hob bei seiner Rede in Cottbus im August 2017 die politischen Gewinne hervor, die sich aus der neuen Bewegung ergeben hätten. Die AfD ordnete er als parlamentarischen Ausdruck der neuen Proteste ein:

> „Wenn wir uns anschauen wo, ich sage mal, die patriotische Bewegung vor fünf sechs Jahren stand, dann waren wir am Abgrund. (…) Es gab keine vernünftige Partei, es gab keine Vorfeldorganisation. Wenn wir uns anschauen was jetzt los ist, wir stellen mit der AfD die drittstärkste Partei in diesem Land. (…) Wir haben mit ‚Ein Prozent' eine Organisation die quer durch Deutschland Leute vernetzt, Geld organisiert, alles Mögliche. Wir haben im Mittelmeer ein Schiff, was dafür sorgt, dass das Schleppermafianetzwerk aufgedeckt wird (…) Und so lange dieser Staat nicht bereit ist seine eigenen Bürger zu schützen kann's uns scheißegal sein, was in irgendeinem Verfassungsschutzbericht steht (…) Meldet euch bei ‚Zukunft Heimat', meldet euch bei ‚Ein Prozent', bei der ‚Jungen Alternative', bei der AfD, dort wo jeder was machen kann, soll er was machen, denn nur gemeinsam sind wir stark."[28]

Die Reden, die von AfD-Vertreter*innen und anderen Akteur*innen bei den „Zukunft Heimat"-Versammlungen in Cottbus gehalten wurden, wiesen erhebliche Schnittstellen zu rechtsextremen Ideologien und Sprachfiguren auf.[29] Namentlich die in den Reden artikulierten Begriffsbedeutungen von „Volk" und „Demokratie" stehen in einem Spannungsverhältnis zu den entsprechenden Konzepten im Sinne des Grundgesetzes. In den Reden wurde ein radikal ethnischer Begriff von Volk und Nation vertreten und ein rassistisches Feindbild „Flüchtling" mobilisiert. Mit dem unterstellten absichtsvollen „Austausch" des deutschen

25 Ausführlich zum Agieren von „Zukunft Heimat" in Cottbus: Fröschner, Joschka; Warnecke, Jakob (2019): „Was interessiert mich denn Cottbus?". Dynamiken rechter Formierung in Südbrandenburg: der Verein Zukunft Heimat. Berlin/Potsdam: Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin; Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. https://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/05/Zukunft_Heimat_web.pdf, 09.05.2016, geprüft am 12.05.2019.

26 Blankennagel, Jens (2017): Vermummte Neonazis ziehen durch Cottbus. https://www.berliner-zeitung.de/berlin/brandenburg/vermummte-neonazis-ziehen-durch-cottbus-25541108, 15.01.2016, geprüft am 12.05.2019.

27 Vgl. den Mitschnitt der Sendung: RBB Aktuell (2018): Fremdenfeindliche Demo in Cottbus 20 1 `18. https://www.youtube.com/watch?v=u_xatEiWnUE, 21.01.2018, geprüft am 08.03.2019. Als sie kritisch auf den von der AfD unterstützten „Zukunft Heimat"-Laden „Mühle" angesprochen wurde, reagierte 2019 die Cottbuser AfD-Vorsitzende Marianne Spring-Räumschüssel ähnlich distanziert, obwohl sie zuvor als Rednerin bei „Zukunft Heimat" aufgetreten war: „Die Mühle gehört nicht mir und nicht meinem Kreisverband, und ich bin dort kein Mitglied und auch nicht bei Zukunft Heimat." Vgl.: Wappler, René (2019): Frauen warnen vor gespaltener Stadt. https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/frauen-warnen-vor-gespaltenem-cottbus_aid-37726975, 29.03.2019, geprüft am 10.05.2019.

28 Zukunft Heimat (2017): Demo Cottbus „Grenzen ziehen!" vom 15.08.2017. https://www.youtube.com/watch?v=Ky1av_QhCnA, 18.08.2017, geprüft am 11.03.2019. Hohm hat sich laut Presseberichten Ende Januar 2019 von seinen öffentlichen Parteifunktionen zurückgezogen. Er habe für diesen Schritt „persönliche Gründe" geltend gemacht, hieß es aus Parteikreisen. Zuvor waren – nicht zum ersten Mal – klare rechtsextreme Aktivitäten von Hohm publik geworden. Vgl.: Wendler, Simone (2019): Prüffall für den Verfassungsschutz: Lausitzer AfD-Funktionär taucht ab. https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/lausitzer-afd-funktionaer-taucht-ab_aid-36003969, 30.01.2019, geprüft am 11.03.2019; Ulrich Wangemann (2019): AfD-Funktionär besucht Neofaschisten. http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburger-AfD-Funktionaer-Jean-Pascal-Hohm-traf-in-Italien-einen-neofaschistischen-Ideologen, 20.01.2019, geprüft am 11.03.2019.

29 Vgl. EJGF (2018): Die Sprache der „Asylkritik". In: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (4). https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJGF_Mitteilungen_2018_02.pdf, geprüft am 11.03.2019.

AfD-Kundgebung gegen das Europafest im Mai 2019 am Landtag in Potsdam. Foto: EJGF.

Volkes wurde zudem ein eindeutig rechtsextremes Motiv verwendet, das offen für antisemitische Verschwörungsmythen ist. Zum Einsatz kam zusätzlich eine Widerstandsrhetorik, die vielfältige Bezüge auf den politischen Umbruch in der DDR 1989 und 1990 nahm, um die Legitimität und Erfolgsaussicht der eigenen Proteste zu unterstreichen.[30] Bei den Versammlungen wurde von Seiten der Veranstaltenden regelmäßig ein friedlicher Verlauf angemahnt. Dennoch kam es zu Gewalttaten im zeitlichen und räumlichen Umfeld der Proteste. Im Februar 2018 etwa wurde eine Journalistin attackiert; auf eine „Zukunft Heimat"-Kundgebung am Silvestertag 2017 zu 2018 folgte ein gewaltsamer Übergriff von einer Gruppe Neonazis auf Flüchtlinge in deren Wohnunterkunft.

Am Dienstagabend vor der Bundestagswahl trat „Zukunft Heimat" als Veranstalter einmalig formal zurück. Denn diese abgehaltene Kundgebung auf dem Altmarkt diente als offizieller brandenburgischer Wahlkampfabschluss der AfD. Es sprachen unter anderem Spitzenkandidat Alexander Gauland sowie Andreas Kalbitz. Gauland warnte, dass die Bundesrepublik sich am „Anfang einer Diktatur" befinde. Andreas Kalbitz sprach von „etablierten Polit-Fratzen" und von „halbtoten Entmerkelten". Er bewarb die AfD als „letzte Chance" für Deutschland, da sie die „einzig inländerfreundliche Partei" sei. Bei der Bundestagswahl entfielen in Brandenburg 20,2 Prozent der Zweitstimmen auf die AfD. In Cottbus wurde sie mit 26,8 Prozent die stärkste politische Kraft – die vielfachen Demonstrationen im Verbund mit „Zukunft Heimat" hatten sich, so die Wahrnehmung, für die Partei ausgezahlt. Die Proteste von „Zukunft Heimat" in Cottbus erreichten im Frühjahr 2018 neuen Zulauf mit zeitweise vierstelligen Teilnahmezahlen und wurden seitdem fortgeführt. Weiterhin werden gelegentlich von „Zukunft Heimat" Demonstrationstermine der AfD überlassen: Am 1. Mai 2018 protestierte die Partei unter dem Motto „Sozial, ohne rot zu werden" in der Stadt. Die 450 Teilnehmenden entsprachen dem Klientel, das sonst bei „Zukunft Heimat" demonstrierte. Eine ähnlich ausgerichtete AfD-Kundgebung wurde am 1. Mai 2019 abgehalten.

ZUSAMMENGEHEN BEI DEN WAHLKÄMPFEN 2019

Die Cottbuser AfD zog 2019 in deutlicher Bezugnahme auf „Zukunft Heimat" mit dem Motto „Cottbus – unsere Heimat – unsere Zukunft" in den Kommunalwahlkampf.[31] Die „Zukunft Heimat"-Versammlungen hatten für die AfD in Cottbus auch eine Rekrutierungsfunktion. Einige Cottbuser*innen, die zuvor bei „Zukunft Heimat" in Erscheinung getreten waren, kandidierten auf den lokalen AfD-Listen.[32] Bei den Wahlen am 26. Mai 2019 errang die AfD schließlich in der Summe 22,3 Prozent der Stimmen und ist mit elf Mandaten nunmehr die stärkste Kraft in der Stadtverordnetenver-

30 Diese Inanspruchnahme der ostdeutschen Geschichte für das eigene politische Projekt steht im Fall der brandenburgischen AfD in Spannung zur westdeutschen Herkunft vieler brandenburgischer Parteifunktionär*innen.

31 Spring-Räumschüssel, Marianne (2019): Aufstellungsversammlung für die Kandidaten zur Kommunalwahl 2019. https://www.afd-cottbus.de/aufstellungsversammlung-fuer-die-kandidaten-zur-kommunalwahl-2019/, 26.02.2019, geprüft am 11.03.2019.

32 Etwa Andy Schöngarth, Ingo Scharmacher und Monique Buder. Bei den Landtagswahlen wiederum tritt Lars Schieske als Direktkandidat an. Der Feuerwehrmann hatte im Januar 2018 über die Lautsprecher seines Feuerwehrwagens in Richtung einer „Zukunft Heimat"-Demonstration bekundet: „Wir grüßen die Patrioten in Cottbus." Später trat er als Redner auf, mittlerweile ist er Beisitzer im Cottbuser AfD-Kreisverband.

sammlung.[33] Bei den Landtagswahlen im Herbst kann sich die Partei dementsprechend auf Erfolge in Cottbus und dem angrenzenden Landkreis Spree-Neiße einstellen.

Seit Januar 2018 ist der „Zukunft Heimat"-Vorsitzende Christoph Berndt selbst Mitglied der AfD – auch wenn dies anfangs kaum öffentlich kommuniziert wurde.[34] Beim AfD-Parteitag in Rangsdorf im Januar 2019 ließ sich Berndt dann für eine Listenkandidatur bei den Landtagswahlen im September 2019 nominieren. Er wurde hinter dem Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz auf Platz zwei der Landesliste gewählt – hat also einen als sicher geltenden Platz errungen und darf mit einem Landtagsmandat rechnen.[35] Das neurechte Netzwerk „Ein Prozent" zeigte sich über die Nominierung Berndts erfreut: „Vor allem die Verdienste um den sozialen Frieden in seiner Heimatstadt Cottbus dürften die Parteimitglieder von Berndts Eignung als Landtagsabgeordneter überzeugt haben."[36] Nun ist Cottbus nicht die Heimatstadt des aus Berlin nach Golßen zugezogenen Berndt und die Demonstrationen seines Vereins haben nicht das Ziel, sozialen Frieden zu stiften – doch immerhin dürfte die Einschätzung zutreffen, dass bei den Parteitagsdelegierten die Aktivitäten von Christoph Berndt als „Zukunft Heimat"-Vorsitzender den Ausschlag für seinen Nominierungserfolg gegeben haben. Zahlreiche weitere „Zukunft Heimat"-Redner*innen wurden ebenfalls hoch auf der Liste platziert. Platz 19, der immer noch als aussichtsreich gelten darf, errang etwa Leyla Bilge, die 2018 in Berlin zwei rassistische „Frauenmärsche" organisiert hatte, an denen AfD-Anhänger*innen und Neonazis teilgenommen hatten. Bilge kandidierte als AfD-Mitglied aus Falkensee, inzwischen ist sie zur Kreisvorsitzenden im Havelland aufgestiegen.[37] Franz Wiese, bereits seit 2014 Landtagsabgeordneter und nun auf Listenplatz 6, organisiert seit längerem die Demonstrationsreihe „Merkel muss weg" in Berlin; Lars Günther, Listenplatz 26, ist als Mitorganisator von Demonstrationen wie den „Heimatliebe Brandenburg"-Veranstaltungen im Nordosten des Landes bekannt.

Auf dem Rangsdorfer Nominierungsparteitag übertrafen sich die Redner*innen mit Bekenntnissen zur Straßenpolitik. Neben Christoph Berndt und Andreas Kalbitz äußerte sich etwa Birgit Bessin entsprechend: „Ich sehe die AfD nicht als reine Parlamentspartei", rief die Vize-Fraktionschefin unter dem Jubel der Delegierten. „Ich setze auf unsere selbständigen Bürgerbewegungen. Ich stehe zu Pegida. Ich stehe zu Zukunft Heimat in Cottbus, die maßgeblichen Anteil hat, dass der Süden stark geworden ist."

Diese Umarmung der Straßenmobilisierungen durch die brandenburgische AfD wurde anhand der Kooperation mit „Zukunft Heimat" entwickelt, betraf und betrifft aber auch andere der noch verbliebenen Protestformate in Brandenburg. Beispielhaft sind etwa die „Heimatliebe"-Mobilisierungen im Barnim, die mit AfD-Beteiligung organisiert werden und auch ein offen neonazistisches Klientel anziehen.

PARTEI DER „BÜRGERBEWEGUNGEN"

In Übereinstimmung mit anderen ostdeutschen Landesverbänden hat sich die Brandenburger AfD deutlich als „Pegida"-Partei profiliert. Distanzierungen von den systematischen rechtsextremen Ausfällen oder von den klar rechtsextremen Teilen der Teilnehmerschaft sind allenfalls temporärer und taktischer Natur. Lediglich eine explizite Kooperation mit dem offen als solchem formierten neonazistischen Spektrum (Parteien wie NPD oder „Der III. Weg" sowie „Kameradschaften") wird von der AfD nicht betrieben[38] und daneben der Einsatz von Gewalt zur Durchset-

33 Im Cottbus umgebenden Landkreis Spree-Neiße entfielen bei den Kommunalwahlen gar 26,5 Prozent auf die AfD, auch dort ist sie mit 13 Mandaten stärkste politische Kraft im neu gewählten Kreistag. Zum Vergleich: Insgesamt errang die AfD landesweit 15,9 Prozent. Bei den gleichzeitig stattfindenden Europawahlen lagen die AfD-Ergebnisse jeweils höher: in Cottbus bei 24,6 Prozent, in Spree-Neiße bei 30,9 Prozent, brandenburgweit bei 19,9 Prozent.

34 Wendler, Simone (2018): Graswurzelarbeit rechtsaußen. https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/graswurzelarbeit-rechtsaussen_aid-34945697, 05.12.2018, geprüft am 11.03.2019.

35 Für den ersten Platz von Kalbitz reichten 319 Ja-Stimmen bei 113 Nein-Stimmen – Berndt erhielt 314 Ja-Stimmen und verzeichnete dabei lediglich 82 Nein-Stimmen. Vgl.: Fröhlich, Alexander (2019): Das ist die Kandidaten-Liste der AfD in Brandenburg zur Landtagswahl 2019. https://twitter.com/alx_froehlich/status/1082165820879458310, 06.01.2019, geprüft am 11.03.2019.

36 Ein Prozent (2019): Brandenburg: „Zukunft Heimat" auf AfD-Landesliste. https://www.einprozent.de/blog/aktiv/brandenburg-zukunft-heimat-auf-afd-landesliste/2415, 07.01.2019, geprüft am 11.03.2019.

37 Vgl.: AfD Havelland (2019): Landesliste der AfD Brandenburg: Havelland gut vertreten. https://www.afd-havelland.de/landesliste-der-afd-brandenburg-havelland-gut-vertreten%ef%bb%bf/, 11.01.2019, geprüft am 11.03.2019.

38 Doch auch diese Grenzlinie ist zuweilen brüchig. Im Januar 2019 wurde vom Tagesspiegel berichtet, dass ein Parteiausschlussverfahren gegen den Barnimer AfD-Funktionär Marcel Donsch eingeleitet worden sei, weil dieser eine Demonstration organisiert habe, bei der AfD und NPD gemeinsam aufgetreten seien. Vgl: Thorsten Metzner (2019): Kalbitz: AfD will regieren. https://www.pnn.de/brandenburg/afd-parteitag-in-rangsdorf-kalbitz-afd-will-regieren/23830788.html, 05.01.2019, geprüft am 11.03.2019. Nichtsdestotrotz wurde Donsch als Kandidat für die Kommunalwahlen aufgestellt und in der Folge in den Kreistag gewählt. Vergleichbar: Im Februar 2019 hatte der uckermärkische AfD-Funktionär Aribert Christ verdeckt eine rechtsextreme Demonstration in Templin mitorganisiert und schließlich an ihr teilgenommen. Als dies öffentlich wurde, war vom amtierenden Kreisvorstand zwar ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet worden, doch ebenjener Kreisvorstand wurde in der Folge abgesetzt und Christ selbst auf einen Vorstandsposten gewählt. Vgl.: gegenrede.info (2019): Nazi-Demo: Demonstranten mit Vorstandsposten belohnt. http://gegenrede.info/news/2019/lesen.php?datei=190515_01, 15.05.2019, geprüft am 20.05.2019.

zung politischer Ziele verneint. Gemeinsame Auftritte mit Vertreter*innen der neofaschistischen und vom Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“ hingegen sind dokumentiert – trotz formal geltenden Unvereinbarkeitsbeschlüssen.

In der Bundespartei war die Frage der Kooperation mit den Straßenprotesten lange Zeit wesentlich ambivalenter diskutiert worden. Ab 2016 galt etwa ein Bundesvorstandsbeschluss, der eine Unvereinbarkeit der Partei mit den Dresdener „Pegida“-Protesten vorsah – auch wenn dies in der Praxis anders gehandhabt wurde. Im März 2018 wurde dieser Unvereinbarkeitsbeschluss aufgehoben und damit die Politik der ostdeutschen Verbände legitimiert. „Pegida“ ist als Initiative mit „Zukunft Heimat“ verpartnert. Beide Gruppierungen werben gegenseitig für ihre Proteste und unterstützen sich mit der Entsendung von Redner*innen. Da „Zukunft Heimat“ eng an die Brandenburger AfD angebunden ist, ist also auch ein Bündnis der Brandenburger AfD mit „Pegida“ zu konstatieren. Am 7. November 2017 sprachen bei einer „Zukunft Heimat“-Demonstration in Cottbus nicht nur deren Ko-Vorsitzende Anne Haberstroh, sondern auch der „Pegida“-Aktivist Siegfried Däbritz, der Regionalleiter der neofaschistischen „Identitären Bewegung“ Robert Timm, sowie mit Daniel Freiherr von Lützow der stellvertretende Landesvorsitzende der Brandenburger AfD.

CHEMNITZ: RISIKEN DER DEMONSTRATIONSPOLITIK

Dieser dauerhaften und systematischen Bündniskonstellation steht nicht entgegen, dass aus der brandenburgischen AfD gelegentlich Distanzierungen zu vernehmen sind. Im September 2018 etwa erklärte Kalbitz, dass es „weiterhin“ keinen „Schulterschluss“ mit den entsprechenden Initiativen gebe oder gegeben habe: „Es gab keine institutionelle Zusammenarbeit mit Pegida.“[39] Zuvor hatte Kalbitz gemeinsam mit seinem brandenburgischen, dem thüringischen und dem sächsischen AfD-Landesverband sowie dem „Pegida“-Mitgründer Lutz Bachmann zu einer Demonstration in Chemnitz mobilisiert. In der aufgeladenen, gewalttätigen Stimmung in der Stadt zu dieser Zeit, hatte sich mit dieser Demonstration die AfD gemeinsam mit „Pegida“ an die Spitze der rassistischen und gewaltsamen Proteste setzen wollen. Als der mehrere tausend Personen starke Aufzug durch eine Blockade von Gegendemonstrant*innen zum Stehen kam, war eine große Menge der teilnehmenden Neonazis kurz davor, die Polizeiketten anzugreifen und somit eine Straßenschlacht anzuzetteln. Die AfD-Führungsriege entschied sich, sich ihrer Verantwortung für die Situation zu entziehen, und verließ die Örtlichkeit. Während einer Eskalation wollten sie nicht mehr anwesend sein, um öffentlich damit nicht in Verbindung gebracht zu werden. Die Kalbitz-Absage an einen Schulterschluss mit „Pegida“ unmittelbar nach diesem Schlüsselmoment entsprach also nicht der Praxis der AfD, sondern einem tagespolitischen taktischen Kalkül. Dementsprechend äußerte sich Kalbitz im Interview mit der rechtsradikalen Zeitschrift „Compact“ wenige Wochen später wieder gänzlich anders:

> „Unsere Partei [braucht] Bürgerbewegungen wie Pegida, Kandel ist überall, Zukunft Heimat und Einprozent […], wenn wir stärker werden wollen. Ein Beispiel aus Brandenburg: Dass wir in Cottbus seit Ende Januar [2018] mit über 30 Prozent zur stärksten Kraft aufgestiegen sind, ist ein Resultat der Demonstrationen, die Zukunft Heimat dort regelmäßig macht.“[40]

Beim AfD-Landesparteitag in Falkensee im April 2019 bekannte er sich offensiv zum Bündnis mit „Pegida“ und zu der Chemnitzer Demonstration: „Ich bereue nichts“.[41]

Kurz nach der Chemnitzer Eskalation herrschte im sachsen-anhaltinischen Köthen eine vergleichbar aufgeheizte Stimmung in der Stadt. Zu der dann prompt organisierten Demonstration rief nicht mehr die AfD auf, sondern als Veranstalter trat „Zukunft Heimat“ in Erscheinung.[42] Ähnlich bei einer wenig später folgenden Demonstration gegen den UN-Migrationspakt am 1. Dezember 2018 am Brandenburger Tor mit etwa 1000 Teilnehmer*innen in Berlin. Als Redner*innen dort traten mehrere Brandenburger AfD-Funktionäre auf[43] – der Einfluss der Brandenburger AfD war vor Ort also unübersehbar. Die Liste der offiziellen Veranstalter umfasste hingegen nicht die AfD, sondern Bewegungsorganisationen wie „Pegida“, „Zukunft Heimat“, „Heimatliebe Brandenburg“, das „Compact“-Magazin und den „Merkel muss weg Mittwoch“.

„Pegida“-Frontmann Bachmann kritisierte nach der Chemnitzer Demonstration, dass es in der Bundes-AfD

39 Göldner, Igor (2018): Kalbitz bestreitet Kooperation mit Pegida. http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburgs-AfD-Chef-Andreas-Kalbitz-bestreitet-Kooperation-mit-Pegida, 04.09.2018, geprüft am 11.03.2019.

40 Compact: Merkels Stasi jagt die AfD. In: Compact. Magazin für Souveränität 11/2018, S. 21–23.

41 Keller, Thorsten: Kalbitz verteidigt Schulterschluss mit Pegida. https://www.maz-online.de/Brandenburg/Landesparteitag-in-Falkensee-AfD-flirtet-mit-polnischen-Konservativen, 29.04.2019, geprüft am 10.05.2019.

42 Das Erscheinungsbild der Demonstration war dann auch deutlich von Neonazis mitgeprägt. Auch wenn die AfD nicht aufrief, unterstützte sie dennoch. Sie entsandte Delegationen und mehrere Landtagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt hielten Ansprachen. Vgl.: merkur.de (2018): Viele Demonstranten ziehen durch Köthen. https://www.merkur.de/politik/mehr-als-1000-polizei-einsatzkraefte-in-koethen-wegen-demos-zr-10244798.html, 16.09.2018, geprüft am 11.03.2019.

43 Franz Wiese, Andreas Kalbitz, Christoph Berndt, Lars Hünich, Benjamin Filter, Detlev Frye und Birgit Bessin. Versammlungsleiter war der Brandenburger AfD-Funktionär Lars Günther.

Stimmen gegen ein Demonstrationsbündnis mit „Pegida“ gegeben habe, schloss von dieser Kritik aber „explizit die Landesverbände Sachsen, den Landesverband Thüringen und den Landesverband Brandenburg“ aus.[44] Bei der Ausrichtung von größeren Veranstaltungen solle die Partei hinter „Pegida“ zurücktreten:

> „In diesem Großdemobereich ist die AfD relativ unerfahren. Machen wir uns nichts vor: Das ist auch gar nicht ihre Aufgabe. Es ist eine Partei, es ist der parlamentarische Arm und die sollte doch wirklich die Straße den Bürgerbewegungen (…) überlassen und sich dort nicht in den Vordergrund spielen.“[45]

Distanzierungen zu „Pegida“ von Seiten der AfD hingegen kämen einem Verrat an der eigenen Basis nahe:

> „Das sind die Wähler der AfD, die bei Pegida Gesicht zeigen. Das sind die besten Leute, die du haben kannst, um Wahlwerbung zu machen. Das sind nämlich die, die Plakate kleben freiwillig, ohne das es Kosten macht im Landesverband.“ [46]

Solche Äußerungen dürften in vielen Punkten auch dem Kalkül der AfD-Politik in Brandenburg entsprechen. Sie zeigen jedoch auch, dass Bewegungsorganisationen und Bewegungspartei nicht immer völlig übereinstimmen, dass die Partei aus der Bewegung gegebenenfalls auch mit Kritik rechnen muss, die selbstbewusst und scharf vorgetragen wird. Das Verhältnis von „Pegida“ zur AfD unterlag im Laufe der Zeit immer wieder konjunkturellen Schwankungen. Zeitweise wurde „ganz im Stile rechtspopulistischer Rhetorik […] auch die parlamentarische Opposition in toto zum Establishment gerechnet und selbst die AfD von Kritik nicht ausgenommen.“[47] Hier liegt ein Unterschied zwischen „Pegida“ und der von vorneherein parteinäheren Organisation „Zukunft Heimat“, da bei letzterer AfD-Kritik oder auch nur AfD-Skepsis nie eine Rolle spielten.

SPEZIFISCHE DEMONSTRATIONSPOLITIK

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die brandenburgische AfD eine spezifische Demonstrationspolitik entwickelt hat. In der Phase der Konstituierung der Landespartei wurden öffentliche Versammlungen noch selten eingesetzt. Erst mit dem Aufkommen und der Hochphase der rechtsextremen und flüchtlingsfeindlichen Proteste zwischen 2014 und 2016 wurde von Seiten der Partei eine Straßenpräsenz aufgebaut. Der damalige Landesvorsitzende Alexander Gauland nahm mit seinem Besuch einer Dresdener „Pegida“-Demonstration in seiner Partei hinsichtlich eines Positivbezugs auf die Straßenmobilisierungen eine Vorreiterrolle ein. Im Trial-&-Error-Verfahren wurde in der Brandenburger AfD ein Modus der Selbstpräsentation gefunden und das Gleichgewicht zwischen der Ausrichtung von eigenen Demonstrationen und der Unterstützung von Demonstrationen anderer Initiativen austariert. Mehrfach entschied sich die brandenburgische AfD dafür, in lokalen Konfliktsituationen mittels Demonstrationen die Stimmung weiter anzuheizen – sei es in Cottbus 2015 oder 2018 in Chemnitz. Zum inhaltlichen Tenor der Proteste gehören die pauschalisierende Abwertung von Flüchtlingen und die Unterstellung, dass die Bundesregierung und andere interessierte Kräfte daran arbeiten würden, das – biologisch verstandene – deutsche Volk abzuschaffen. Diesen rechtsextremen und rassistischen Klängen schloss sich der selbst rechtsextreme AfD-Landesverband mit seiner Hinwendung zur Demonstrationspolitik an. Entsprechende Äußerungen sind auch von hohen Funktionsträger*innen der Landespartei dokumentiert. Stimmen, die eine zurückhaltende Demonstrationspolitik oder eine größere Distanz zu den flüchtlingsfeindlichen Initiativen fordern – wie es sie etwa aus der Bundes-AfD in Hinblick auf „Pegida“ zeitweise gab – sind derzeit in der AfD in Brandenburg marginal und werden sanktioniert.[48]

Die Demonstrationspolitik der brandenburgischen AfD begründet sich in ihrem vielfach und aus der Führungsriege vorgetragenen Selbstverständnis als Bewegungspartei. Im faktischen Straßenbündnis mit „Bürgerinitiativen“, Kampagnenorganisation wie „Ein Prozent“, den neofaschistischen „Identitären“ und weiteren Kräften realisiert sich aus Sicht der AfD die politische Bewegung, als deren parlamentarischer Ausdruck sie fungieren möchte. Denjenigen Bevölkerungsschichten, die mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unzufrieden sind und besonders denjenigen, die

[44] Allerdings unterstützte der von Bachmann konkret kritisierte Bundeskonvent der AfD die Ausrichtung der Demonstration explizit in einer wenig später veröffentlichten Erklärung. Vgl. AfD (2018): Erklärung des Konvents der AfD zum Schweigemarsch in Chemnitz und zum Protestbündnis PEGIDA. https://www.afd.de/erklaerung-des-konvents-der-afd-zum-schweigemarsch-in-chemnitz-und-zum-protestbuendnis-pegida/, 10.09.2018, geprüft am 11.03.2019.

[45] Dubravko Mandic (2018): Lutz Bachmann kommentiert die Ereignisse von Chemnitz: 02 09 2018. https://www.youtube.com/watch?v=DyvBwcw11o4, 02.09.2018, geprüft am 08.03.2019.

[46] Ebd.

[47] Korsch, Felix (2016): Einmal den Zirkel um Dresden schlagen. Pegida - Grundzüge und Abgründe einer Protestserie ohnegleichen. In: Alexander Häusler und Fabian Virchow (Hg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste - Abstieg der Mitte - Ressentiments. Hamburg: VSA Verlag (Eine Flugschrift), S. 52–62, hier: S. 56.

[48] Ein entsprechender Vorstoß des Brandenburger AfD-Bundestagsabgeordneten Norbert Kleinwächter beim Falkenseer Landesparteitag im April 2019 stieß auf negative Resonanz. Nach seiner erfolglosen, mit Pegida-Kritik unterfütterten Kandidatur zum Landesparteivorsitz sei ihm gesagt worden, dass er nicht wieder in den Bundestag komme, berichtete Kleinwächter. Vgl.: Metzner, Thorsten: Aufstand gegen Andreas Kalbitz gescheitert. https://www.pnn.de/brandenburg/afd-landesparteitag-in-falkensee-aufstand-gegen-andreas-kalbitz-gescheitert/24263734.html, 27.04.2019, geprüft am 10.05.2019.

darüber hinaus eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem politischen System haben, will sich die AfD im Rahmen der Demonstrationen als Sprachrohr ihrer Interessen anbieten. Außerdem ist die AfD-Beteiligung an Demonstrationen ein Signal an den organisierten Rechtsextremismus und dessen Anhängerschaft, dass nämlich die Partei auch für sie eine Interessenvertretung darstellt und wählbar ist.[49]

Die Demonstrationen sind für die AfD ein geeignetes Mittel, um zusätzliche mediale Präsenz für die Partei herzustellen und um lokal (neben „Bürgerdialogen" und ähnlichen Veranstaltungen) einen Kanal anzubieten, mit dem Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit in den Zielgruppen der Partei erreicht werden können. Daran anschließend begründet sich die enge Kooperation mit entsprechenden flüchtlingsfeindlichen Gruppierungen. Durch die Zusammenarbeit mit diesen „Bürgerinitiativen" will die AfD glaubhaft machen, dass sie die Interessen „des Volkes" ernst- und wahrnehme. Die Kooperation ermöglicht der Partei außerdem, ressourceneffizient zu agieren. In den flüchtlingsfeindlichen Initiativen wurde in den vergangenen Jahren Wissen über die Durchführung von Straßenmobilisierung generiert beziehungsweise aus dem älteren rechtsextremen Politikrepertoire transferiert und an die gegenwärtigen Verhältnisse angepasst (siehe die mutmaßliche Anbindung von Neonazis der ehemaligen „Spreelichter"). Dieses Mobilisierungswissen kann die Partei durch die Kooperationen für sich als Ressource nutzbar machen. Nicht zuletzt sind über die Kooperationen Netzwerke geknüpft worden, von denen die Partei profitiert und über die sie etwa Personal für Parteifunktionen rekrutieren konnte.

Somit liegt eine funktionale Arbeitsteilung zwischen brandenburgischer AfD und den flüchtlingsfeindlichen Protestinitiativen vor. Als besonders erfolgreicher und vorbildlicher Modellfall darf dabei die Kooperation mit „Zukunft Heimat" gelten. Entgegen der Selbstpräsentation als überparteilicher und unabhängiger „Heimatverein", hat „Zukunft Heimat" von Beginn an eine Politik betrieben, die nicht nur rechtextreme Kräfte integrierte, sondern zugunsten der AfD wirkte. Die Nominierung des „Zukunft Heimat"-Vorsitzenden für ein Landtagsmandat 2019 ist die konsequente Fortführung dieses Vorgehens, das sich bereits 2016 in den Demonstrationen in Lübbenau zeigte, die auch als AfD-Wahlkampfunterstützung bei den dortigen Bürgermeister*innenwahlen verstanden werden müssen. Schon in der Vorgeschichte von „Zukunft Heimat", bei der moderater argumentierenden Gruppierung „Pro Zützen", war die AfD präsent.[50]

SPIEL MIT NÄHE UND DISTANZ

Als politischer Kostenfaktor der AfD-Straßenpolitik schlägt die negative Aufmerksamkeit zu Buche, die zuweilen angesichts der massiven offenen Teilnahme von Neonazis an Demonstrationen laut wird, die die AfD ausrichtet oder unterstützt. Um sich möglichst breiten Bevölkerungsschichten als Wahloption präsentieren zu können, will die AfD öffentlich nicht mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht werden. Dies betrifft insbesondere die offene Kooperation mit Neonazis. Bei anderen rechtsextremen Kräften wie den vom Verfassungsschutz beobachteten „Identitären" ist die Distanz wegen größerer personeller und inhaltlicher Überschneidungen trotz geltender Unvereinbarkeitsbeschlüsse fragil und wird immer wieder aufgehoben. Die Bündnispolitik der Brandenburger AfD mit den flüchtlingsfeindlichen Initiativen beinhaltet eine taktische Option, die von der Partei intensiv genutzt wird, um sich öffentlicher Kritik zu entziehen. Vorfälle bei Demonstrationen, die negative mediale Aufmerksamkeit nach sich ziehen, werden von der Partei bestritten. Mit Verweis auf einen Kooperationspartner der Partei lässt sich die Verantwortung der Partei für den Ausdruck einer problematischen Demonstration zurückweisen. Im Zweifelsfall wird die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Initiativen öffentlich geleugnet – auch wenn sie zuvor oder hinterher wieder herausgehoben und gelobt wird. Beispielsweise stritt Alexander Gauland seine drastischen Parolen bei einer Demonstrationsrede ab, obwohl sie eindeutig dokumentiert sind. Dies sind keine einzelnen kommunikativen Fehlleistungen, sondern Punkte, an denen sich das arbeitsteilige Funktionsprinzip der brandenburgischen AfD-Straßenpolitik offenbart.

BEWEGUNGSPARTEI?

Die Frage, ob die Eigencharakterisierung der Brandenburger AfD als „Bewegungspartei" aus politikwissenschaftlicher Sicht zutrifft, kann derzeit bejaht werden.[51] Die Bindung

[49] Daneben experimentiert die Landes-AfD auch mit Unterschriftensammlungen, also einem weiteren Instrument aus dem Repertoire sozialer Bewegungen. Eine Kampagne für eine Volksinitiative zur Kündigung der Rundfunkstaatsverträge in Brandenburg mit dem Motto „Genug GEZahlt" wird von einem AfD-Verein seit 2018 betrieben. Wohl um den Eindruck zu erwecken, eine basisdemokratische, überparteiliche Initiative zu sein, unterschlägt die Kampagne in fast allen Veröffentlichungen allerdings ihre Anbindung an die AfD. Auf der Kampagnenhomepage etwa sind zahlreiche Repräsentant*innen gelistet – ohne Hinweis darauf, dass sie fast ausnahmslos der AfD angehören. Vgl.: genug-gezahlt.tv (2018): Initiatoren der Volksinitiative. https://genug-gezahlt.tv/wer-wir-sind/vorstand/, geprüft am 15.03.2019.

[50] AfD-Fraktion Brandenburg: Demonstration gegen eine verfehlte Asylpolitilk. https://www.youtube.com/watch?v=uwMxeTmUiDU, 07.07.2015, geprüft am 10.05.2019.

[51] Freilich spricht sich die AfD nicht selten genauso zu, in Ostdeutschland eine Volkspartei zu sein; also einem Parteientypus zu entsprechen, der mit dem Typus der Bewegungspartei nicht unmittelbar vereinbar ist.

an die flüchtlingsfeindliche Protestbewegung von rechts ist stark und beschränkt sich nicht auf verbale Sympathiebekundungen. Politisch-inhaltlich, technisch-propagandistisch und personell sind die Konvergenzen prägnant ausgeprägt; prozesshaft sind sie seit spätestens 2014 gewachsen. Der politikwissenschaftliche Typus der Bewegungspartei wurde in der Bundesrepublik vor allem seit der Parteigründung der Grünen diskutiert. Raschke definierte 1993, dass für eine Partei diesen Typs eine Bewegung „einen (oder den) zentralen Bezugspunkt" ausmache: „Eine Bewegungspartei ist personell, möglicherweise auch organisatorisch mit korrespondierenden Bewegungen verflochten und interessenpolitisch wie legitimatorisch und in ihrer Mobilisierung besonders auf diese bezogen".[52] Rucht unterschied 1987 Modelle von Bewegungsparteien[53]; verschiedene Aspekte dieser Überlegungen lassen sich auf die brandenburgische AfD übertragen: Die Partei versteht sich und fungiert als ein Sprachrohr der Bewegung und zieht einen nicht geringen Anteil ihrer Legitimation aus ihr. Umgekehrt fungiert die Bewegung als Innovations- und impulsgebende Kraft für die Partei, welche die Bewegung als Rekrutierungsbasis, Mobilisierungs- und Wählerreservoir nutzt.

Dementsprechend ordnete Rucht 2017 die AfD in ihrer Gesamtheit als eine Bewegungspartei ein, da sie sich von „Altparteien" oder „Systemparteien" abgrenze, sich als authentisches Sprachrohr des Volkes geriere und auf eine permanente, über die Wahlkämpfe hinausreichende Mobilisierung einschließlich der Protestpolitik eingelassen habe. Sie suche und akzeptiere die meist verdeckte Verbindung zu außerparlamentarischen Gruppen wie „Pegida". Die Inkorporierung von Bewegungselementen habe für Wachstum und Sichtbarkeit gesorgt.[54] Dies ergänzt sich mit dem Befund, dass die AfD in ihrer Praxis im Bundestag das Parlament weniger zur Sacharbeit, sondern eher zur Kommunikation von Protestinhalten an die eigene Anhängerschaft nutzt.[55] Für den Fall des Landesverbandes Brandenburg sind diese Kriterien noch stärker erfüllt als für die Bundespartei. Die in der Essenz offene und fast schon institutionalisierte Kooperation mit den „Bürgerbewegungen" reicht deutlich über das Maß hinaus, das noch 2017 für die Bundespartei konstatiert werden konnte.

Über die zukünftige Gestalt der AfD-Demonstrationspolitik in Brandenburg und ihren Charakter als Bewegungspartei in mittel- und langfristiger Perspektive lassen sich derweil keine Aussagen treffen. Zwar dürfte die rechtsextreme Dominanz der Partei und die damit einhergehende Neigung zum Selbstverständnis als Bewegungspartei in Brandenburg kurz- und mittelfristig Bestand haben. Die rechtsextreme und fundamentaloppositionelle Ausrichtung des Brandenburger Landesverbandes ist zwar eng verknüpft mit seinem Charakter als Bewegungspartei, prinzipiell sind politscher Inhalt und das Selbstverständnis als Bewegung aber auch voneinander entkoppelbar: eine rechtsextreme Partei kann in ihrer Praxis natürlich auf Bewegungselemente weitgehend verzichten. Auf längere Sicht, so Rucht, erwachse aus dem Oszillieren zwischen konventioneller Parteipolitik und Bewegungsorientierung für die Bundespartei ein Dilemma.[56] Sie müsse sich perspektivisch zwischen Bewegungs- oder Parteizentrierung entscheiden; es spreche dabei aus seiner Sicht vieles für eine Parteienzentrierung.

In Brandenburg ist derzeit nicht auszumachen, ob sich das quantitative Niveau der hiesigen Straßenmobilisierungen halten wird – viele Anzeichen sprechen derzeit eher für ein Abflauen der Proteste. Den Bekenntnissen der Landes-AfD zur Straßenpolitik stehen zurückgehende Teilnahmezahlen gegenüber.[57] Es wird sich zeigen, wieweit die Partei sich veranlasst sehen wird, Ressourcen zu investieren um das „Brandenburger Kooperationsmodell" am Laufen zu halten. Dies wird zu beobachten sein. Für ein realistisches und umfassendes Bild der Partei reicht es derweil nicht aus, nur ihren parlamentarischen Output zu betrachten, denn ihre außerparlamentarischen Äußerungen prägen ihr Gesamterscheinungsbild entscheidend mit.

Christoph Schulze

52 Raschke, Joachim (1993): Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln, S. 499.

53 Vgl.: Rucht, Dieter (1987): Zum Verhältnis von politischen Parteien und sozialen Bewegungen. In: Journal für Sozialforschung 27 (3/4), S. 297–313.

54 Vgl.: Rucht, Dieter (2017): Rechtspopulismus als Bewegung und Partei. FJNSBplus. In: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen 30 (2). http://forschungsjournal.de/node/3001, geprüft am 11.03.2019, S. 1–7, hier: S. 5.

55 Rensmann, Lars (2018): Radical Right-Wing Populists in Parliament. In: German Politics and Society 36 (3), S. 41–73, hier: S. 64–65.

56 Rucht (2017), S. 5.

57 Vgl.: Schulze, Christoph (2019): Verdichtung eines Milieus. In: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (5) S. 15–17. https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJG_Mitteilungen_2019_01.pdf, geprüft am 11.05.2019.

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
Telefon: (0331) 28 09 40
moses@mmz.uni-potsdam.de
www.mmz-potsdam.de

Redaktion: Gideon Botsch und Christoph Schulze

Druck: PinguinDruck, Berlin

ISSN: 2569-0906 (Print), 2944-0173 (Online)

Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative-Commons-Lizenzvertrag Namensnennung 4.0 lizenziert. Dies gilt nicht für Zitate sowie für Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden. Fotorechte verbleiben bei den Rechteinhaber:innen.